

**Interpellation CVP-GLP-Fraktion:
«Politische Bildung an St.Galler Schulen**

Zahlreiche junge Menschen nehmen ihre politischen Rechte nicht wahr, lassen die Möglichkeit verstreichen, Einfluss auf das politische Geschehen zu nehmen. Gerade unter jungen Stimmberechtigten ist die Beteiligung an Abstimmungen und Wahlen gering. Diese Tendenz ist besorgniserregend, denn wer in jungen Jahren nicht an Abstimmungen und Wahlen mitwirkt, wird dies auch später kaum tun. Es ist zu befürchten, dass die Stimmbeteiligung in Zukunft dauerhaft sinken wird. Dies wird unsere Demokratie zunehmend schwächen. Dabei hängen das Desinteresse und die Stimmbeteiligung junger Menschen oftmals damit zusammen, dass sie schlecht auf die politische Partizipation vorbereitet sind und/oder die gestellten Abstimmungsinhalte schon im Grundsatz nur mangelhaft verstehen.

Art. 3 des St.Galler Volksschulgesetzes (SGS 213.1; abgekürzt VSG) weist der Volksschule einen Erziehungs- und Bildungsauftrag zu. Dieser Auftrag umfasst auch die Vermittlung des Wissens und der Kompetenzen, welche zur Ausübung der politischen Rechte notwendig sind. Ziel soll es sein, den Schülerinnen und Schülern grundlegendes Wissen über die Politik, insbesondere über die politischen Rechte, zu vermitteln und sie zu verantwortungsbewussten Bürgern zu erziehen. Die Schülerinnen und Schüler sollen im Rahmen des Unterrichts befähigt werden, sich mit politischen Themen auseinanderzusetzen, sich eine eigene Meinung dazu zu bilden, diese auch argumentativ begründen zu können und sich letztlich auf diese Weise auch für die Gemeinschaft zu engagieren.

Wir bitten daher die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie beurteilt die Regierung den Nutzen und den Stellenwert der politischen Bildung in der Volksschule grundsätzlich?
2. Bietet die Einbettung der politischen Bildung in das Fach «Räume, Zeiten, Gesellschaften» ein ausreichendes Gefäss für eine eingehende Auseinandersetzung mit der Thematik?
3. Wie steht die Regierung der Idee eines allenfalls zukünftig eigenen Schulfachs «Politische Bildung» gegenüber?
4. Sieht die Regierung weitere Möglichkeiten, Kenntnisse und Interesse der Jungen bezüglich politischer Vorgänge und Aktivitäten zu fördern, und wenn ja, welche?»

17. September 2018

CVP-GLP-Fraktion